



Anschrift: Büro der Studierendenvertretung
Universität München
Leopoldstraße 15
80802 München

Kontakt: Franziska Traube
+4915222934123

Stefan Erhardt
+491774900589

E-Mail: sekretariat@lak-bayern.de
Internet: www.lak-bayern.de

München, den 11.02.2013

Wahlprüfsteine der Landes-ASten-Konferenz Bayern für die Landtagswahlen in Bayern 2013

Staatliche Rahmenbedingungen

Benennen Sie die Bereiche, in denen das Ministerium (StMWFK) oder der bayerische Landtag Steuerungsfunktion gegenüber den Hochschulen ausüben soll.

CSU:

- soviel strategische und wissenschaftspolitische Gesamtverantwortung wie nötig in der Hand von Staat bzw. Politik, soviel Autonomie, unmittelbare Verantwortung und operative Befugnisse wie möglich in die Hand der Hochschulen
- Stärkung der Professionalisierung/ administrativen Schlagkraft der Hochschulen
- Ermutigung der Hochschulen über Experimentierklausel, z.B. Departement-Strukturen wie in anderen Ländern auszuprobieren (mehr Freiraum für selbstständige Forscherinnen und Forscher)
- durch den Senat demokratisch legitimierte akademische Beratungskommissionen sollen bei Grundfragen zu Forschungsplanung, akademischer Lehre und Hochschulfinanzierung miteinbezogen werden

FDP:

- Weitere Stärkung der Hochschulautonomie: mehr Handlungskompetenz und

Handlungsverantwortung für die Hochschulen

- Über zukunftsorientierte Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen soll Ministerium sicherstellen, das es bayernweit beste Voraussetzungen für ein Studium gibt
- Steuerungsaufgabe des bayerischen Landtags soll sich auf Hochschulgesetzgebung und Bereitstellung von Haushaltsmitteln konzentrieren

Freie Wähler:

- weitgehende Hochschuleigenständigkeit und Förderung der Gestaltungsfreiheit von Studierenden und Lehrenden vor Ort
- Einschränkung der Eigenständigkeit, um als StMWFK die Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse in Bayern zu gewährleisten
- grundlegende Entscheidungen des Landtags bezüglich der Qualität der Studienbedingungen müssen umgesetzt werden (z.B. inklusive Hochschule)
- Problem der Hochschulautonomie ist, dass Konkurrenz zwischen den Hochschulen zunimmt und wirtschaftliche Aspekte auf Kosten der Lehre in den Vordergrund treten

Grüne:

- Wahrung der Hochschulautonomie durch Rückgang der Detailsteuerung und Konzentration der Außensteuerung auf die übergeordneten Ziele

Linke:

- Wissenschaftsministerium muss sich stärker bei Qualität des Studiums und Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen einbringen
- Abgabe dieser Kompetenzen vom Staat an die Hochschulen hatte verheerende Folgen
- Es sollte ein differenziertes Instrumentarium aus gesetzlichen Regeln, Anreizsetzungen und zielorientiertem Verwaltungshandeln geben.

SPD:

- Es gibt bestimmte Rahmenbedingungen für die Hochschulen, die vom Staat geleistet werden müssen.
- Hierzu gehören u.a.:

- chancengleicher, gebührenfreier Zugang zum Studium
- Planungssicherheit für die Hochschulen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Sprechen Sie sich für Hochschulräte aus? In welchem Verhältnis soll der Hochschulrat und seine Mitglieder zu den anderen Akteurinnen und Akteuren innerhalb der Hochschule, insbesondere Präsidentin bzw. Präsident, Präsidium und Senat stehen?

CSU:

- Ja, sie sollen nach dem derzeit bewährten Modell weiter bestehen.

FDP:

- Ja, sie sind ein Erfolgsmodell, an dem festgehalten werden soll.
- Aufgaben des Hochschulrats sind:
 - Funktion eines kritischen Ratgebers bei der Hochschulentwicklung
 - Aufsichtsfunktion gegenüber Präsidium
 - Brücke in die Gesellschaft
- Generell soll Hochschulleitung mehr Entscheidungskompetenz bekommen, um für mehr Flexibilität, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen zu sorgen. Präsidentin/Präsident nimmt dabei hervorgehobene Rolle ein.

Freie Wähler:

- Ja, als Entscheidungsgremium mit externem und internem Sachverstand wird es der gesellschaftlichen Bedeutung der Hochschulen gerecht
- Hochschulrat als Kontroll- und Grundsatzgremium sinnvoll, wenn dieser nicht in das operative Alltagsgeschäft eingreift
- eine übermäßige Ökonomisierung der Hochschulen muss vermieden werden

Grüne:

- Hochschulrat hat sich in momentaner Form nicht bewährt, soll aber auch zukünftig eine kontrollierende und beratende Funktion inne haben
- er soll eine breitere Zusammensetzung geben
- Frauenquote von mindestens 40 % wird vorgesehen

Linke:

- Hochschulen werden zu stark von externen Interessen, insbesondere aus der Wirtschaft dominiert
- Es soll die Viertelparität eingeführt werden, damit Studierende, wissenschaftliche und sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Professorinnen und Professoren gleichberechtigt an den Entscheidungen der Hochschule beteiligt werden.
- Personal- und Betriebsräte, sowie Gleichstellungsbeauftragte sollen erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten haben.

SPD:

- Hochschulräte sollen keine operativen Entscheidungen treffen.
- Sie sollen die Gesellschaft in ihrer Breite widerspiegeln.

Wie positionieren Sie sich zu den Aufgabenfeldern und Möglichkeiten von Kuratorien?CSU:

- Die derzeitige Regelung, wonach Hochschulen selbst in ihrer Grundordnung die Bildung eines Kuratoriums, dessen Zusammensetzung und Aufgabenbereich festschreiben können, hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

FDP:

- Kuratorien leisten der Hochschule unterstützend Hilfestellung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und dienen als Botschafter der Hochschule.

Freie Wähler:

- Kuratorien als Unterstützung der Hochschule in der Öffentlichkeit sind äußerst sinnvoll
- Im Mittelpunkt soll dabei die Verwurzelung der Hochschule mit der Region stehen

Grüne:

- Die Möglichkeit für die Hochschulen ein beratendes Kuratorium einzurichten, wird begrüßt.

Linke:

- Hochschulen sollen besser mit der Gesellschaft kommunizieren. Dafür sind auch Kuratorien ein sinnvolles Instrument, wenn sie entsprechend breit und demokratisch legitimiert besetzt werden.

SPD:

- Kuratorien sollen keine operativen Entscheidungen treffen.
- Sie sollen die gesellschaftliche Breite widerspiegeln.

Wie stehen Sie zur staatlichen Förderung von privaten und kirchlichen Hochschulen?

CSU:

- Nichtstaatliche Hochschulen stellen eine sinnvolle Ergänzung des Angebots akademischer Forschung und Lehre dar.
- Die bisherigen Regelungen, nach denen nichtstaatliche Hochschulen zwar staatlich anerkannt werden können, aber keine staatliche Finanzierung erhalten sollen beibehalten werden. Die Ausnahmeregelungen hiervon für Hochschulen unter kirchlicher Trägerschaft sollen ebenfalls beibehalten werden,.

FDP:

- Private Hochschulen stellen eine Bereicherung und Differenzierung im Hochschulsystem dar und leisten daher einen wichtigen Beitrag zur Bildungslandschaft.
- Staatliche Förderung privater Hochschulen wird kritisch gesehen, da diese weitergehende Finanzierungsmöglichkeiten als staatliche Hochschulen haben

Freie Wähler:

- staatliche Förderung von Hochschulen unter kirchlicher Trägerschaft wird befürwortet
- Förderung für sonstige nichtstaatliche Hochschulen wird als kritisch gesehen

Grüne:

- nichtstaatliche Hochschulen leisten wichtigen Beitrag zur Bildungslandschaft; es entsteht daraus aber kein Anspruch auf Förderung durch öffentliche Mittel

Linke:

- staatliche Finanzierung privater und kirchlicher Hochschulen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Unterfinanzierung der staatlichen Hochschulen kritisch gesehen

SPD:

- Beibehaltung der bisherigen Finanzierung

Sollte es Ihrer Meinung nach eine Differenzierung im Hochschulsystem geben und wenn ja, wie sollte sie aussehen?

CSU:

- Das Nebeneinander von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften hat sich für die bayerische Bildungslandschaft als Erfolgsmodell erwiesen.
- Universitäten:

- Kernauftrag Studierende und akademischen Nachwuchs an Spitzenforschung heranzuführen
- Grundlagenforschung verbunden mit akademischer Lehre
- (individuelle) Berufskompetenz soll aber auch bereits mit Bachelorstudium erworben werden
- Hochschulen für angewandte Wissenschaften:
 - Vermittlung von wissenschaftlich fundiertem, praxisorientiertem Wissen auf hohem akademischem Niveau
 - von hoher Bedeutung für das Ausbildungssystem durch schnelle Einsetzbarkeit und spezieller Berufsqualifizierung der Absolventinnen und Absolventen
 - praxisorientierte Forschung
- Empfehlung des Wissenschaftsrats nach einer stärkeren Ausdifferenzierung im Bereich der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird unterstützt

FDP:

- Notwendige verstärkte Profilbildung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bringt vielfältige Differenzierungen mit sich, was begrüßt wird.
- Zum Titel „Technische Hochschule“ sollen mittelfristig weitere Differenzierungsmöglichkeiten der Hochschulen für angewandte Wissenschaften ermöglicht werden.

Freie Wähler:

- bisherige Differenzierung nach Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Kunst- und Musikhochschulen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen hat sich bewährt
- das Profil der einzelnen Hochschultypen soll gestärkt werden

Grüne:

- gewachsene regionale Vielfalt der Hochschullandschaft soll erhalten und ausgebaut werden, um Spitzenleistungen und Kompetenz in der Fläche zu ermöglichen
- Es bedarf des gezielten Einsatzes von Geld und steuerungspolitischen Instrumenten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen.

Linke:

- Es sollte eine funktionale, keine hierarchische Differenzierung im Hochschulsystem geben.
- Hochschulsystem sollte allen Studierwilligen ein Studium anbieten können
- Leistungsfähigkeit in der Breite und nicht einzelne Leuchttürme werden benötigt

SPD:

- Es besteht kein Bedarf bestehende Differenzierung zu ändern.
- Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sollen in den Bereichen Forschungsförderung, Promotionsrecht und Ausbau des wissenschaftliche Personals besonders gestärkt werden.

Studienstruktur

Wie und in welchem Umfang sollen Studierende an der Entscheidung über die Verwendung von Mitteln für Studium und Lehre beteiligt werden?

CSU:

- paritätische Mitwirkung der Studierenden bei den Studienzuschüssen (Kompensationsmittel für weggefallene Studienbeiträge)

FDP:

- paritätische Mitwirkung der Studierenden bei den Studienzuschüssen (Kompensationsmittel für weggefallene Studienbeiträge)

Freie Wähler:

- paritätische Mitwirkung der Studierenden bei den Studienzuschüssen (Kompensationsmittel für weggefallene Studienbeiträge)

Grüne:

- paritätische Mitwirkung der Studierenden bei den Studienzuschüssen (Kompensationsmittel für weggefallene Studienbeiträge)

Linke:

- Studierende müssen an den Entscheidungen über die Verwendung von den Mitteln für Studium und Lehre beteiligt werden; dies soll durch eine Viertelparität in allen wichtigen Gremien sichergestellt werden

SPD:

- Viertelparität in allen Gremien der Hochschule

Welche Instrumente zur Qualitätsentwicklung werden Sie an den Hochschulen einführen (z.B. Studienkommissionen)?

CSU:

- Unterstützung, dass Programmakkreditierung zunehmend der Systemakkreditierung weicht, da Systemakkreditierung gleiche Qualitätssicherung bei weniger Aufwand für die Hochschulen bringt

FDP:

- Prüfung, wie mittelfristig ein Qualitätssicherungssystem erprobt werden kann, das bestehendes Akkreditierungswesen in institutionelles Qualitätsaudit überführt.

Freie Wähler:

- Studienkommissionen zur Verwendung der Studienzuschüsse sollen eingerichtet werden

Grüne:

- Einbeziehung der Studierenden in Qualitätsentwicklung und Evaluation von Lehrveranstaltungen über Studiengänge bis hin zum Konzept für Lehre und Studium sowie bei der Erstellung und kontinuierlichen Weiterentwicklung von Studiengängen

Linke:

- Mitarbeit der Studierenden bezüglich Inhalte und Lehrformen im Studium soll verstärkt werden
- Kommissionen für Lehre sollten mehrheitlich mit Studierenden besetzt sein und an der Reform sowie Evaluation der Studiengänge direkt mitwirken

SPD:

- Im Dialog mit allen an den Hochschulen beteiligten Gruppen muss langfristige verbindliche Hochschulplanung erarbeitet werden
- Es sollen regelmäßige Überprüfungen u. a. der Lehr- und Lernmethoden und der Studieninhalte stattfinden.

- Systematische und professionelle Lehrevaluation muss gefördert werden.
- Evaluationsergebnisse müssen öffentlich einsehbar sein
- Studienkommissionen, die auf Missstände im Studium hinweisen, sind sinnvoll.

Welche Bestimmungen der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen würden Sie konkret ändern?

CSU:

- unmittelbarer Bedarf nach einer wesentlichen Änderung der Strukturvorgaben ist aus aktueller Sicht nicht vorhanden

FDP:

- Durch institutionelles Qualitätsaudit würde bestehende (Re-)Akkreditierungspflicht entfallen.
- Zur Minderung des Prüfungsdrucks könnten Prüfungsleistungen im Umfang von ein Drittel der gesamten ECTS-Punkte nicht in die Gesamtnote einfließen (Forderung der Liberalen Hochschulgruppe)

Freie Wähler:

- Akkreditierung ist momentan zu teuer und zeitaufwendig für die Hochschulen; Verfahrensaufwand muss reduziert werden durch Standardisierung der Anforderungen der Agenturen und Abläufe der Akkreditierung
- Studierenden sollen Planungssicherheit haben und durch Akkreditierung nicht unnötig belastet werden
- Begrenzung der Selbstdokumentation der Hochschulen
- großzügigere Zeiträume für Reakkreditierung
- explosionsartiger Anstieg bei Zahl der Studiengänge ist nicht zielführend

Grüne:

- Die Ländergemeinsamen sowie die landesspezifischen Strukturvorgaben sind zu überarbeiten.

Linke:

- zwingende Zulassungsvoraussetzungen zum Master sollen gestrichen werden
- Formulierung, dass Master ein weiterführender Studiengang gegenüber Bachelor als Regelabschluss sei, soll gestrichen werden
- SPD:
- Verpflichtung zur Akkreditierung soll abgeschafft werden
- Dem Vorschlag des Aktionsrats Bildung, der statt der Akkreditierung ein Qualitätsaudit vorsieht, soll gefolgt werden.

Sind an bewährten Studienmodellen durch die Anforderung der „Beschäftigungsbefähigung“ Änderungen nötig? Falls ja, welche?

CSU:

- in Zukunft vor allem kleinere Anpassungen nötig
→ tatsächliche Anrechnungsmöglichkeit von außerhalb des Hochschulbereichs erworbenen Kompetenzen, Ausbau Studienpraktika, bessere Vermittlung von sozialen und Querschnittkompetenzen

FDP:

- Ausbildung an wissenschaftlichen Hochschulen ist keine Berufsausbildung im engeren Sinne → Möglichkeit zur Berufsbefähigung im Sinne der akademischen Ausbildung sind Grenzen gesetzt
- Mit Hochschule Dual bestehen aber Studienangebote mit sehr nahem Praxisbezug

Freie Wähler:

- das Ziel der Beschäftigungsbefähigung durch den Bachelor wird begrüßt
- während des Bachelorstudiums müssen die Studierenden aber auch die Grundlagen qualitätsvollen wissenschaftlichen Arbeitens erlernt haben
- Masterstudium muss hohen wissenschaftlichen Kriterien standhalten

Grüne:

- Die Hochschulen müssen sich dem Ziel „employability“ stärker annehmen
- Lehre und Studium müssen so gestaltet sein, dass überfachliche Kompetenzen

zur Erlangung und zum Erhalt eines Arbeitsplatzes vermittelt werden.

Linke:

- Man braucht mehr Freiheiten für ein selbstbestimmtes Studium.
- Das vordringliche Ziel der „Beschäftigungsbefähigung“ sollte gestrichen werden.

SPD:

- Studium sollte befähigen, komplexe Sachverhalte und Zusammenhänge selbstständig zu erschließen sowie gesellschaftliche Zustände kritisch zu hinterfragen
- Studium sollte zur Entwicklung der Persönlichkeit, zur Ausbildung für den Arbeitsmarkt und zum Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens dienen → diese Kombination charakterisiert Hochschulstudium im Vergleich zu anderen Ausbildungsformen

Soll es eine systematische Anrechnung der an einer Hochschule erbrachten Studienleistungen geben?

CSU:

- unmittelbarer Änderungsbedarf wird nicht gesehen, da Hochschulen bei Nichtanrechnung dazu verpflichtet sind, nachzuweisen, dass Leistungen von außerhalb nicht äquivalent sind

FDP:

- Lissabon-Konvention enthält verbindliche Regelungen hinsichtlich der Anerkennung von Qualifikationen, die einen Zugang zur Hochschulbildung ermöglichen, der Anerkennung von Studienzeiten und der Anerkennung von abgeschlossenen Hochschulqualifikationen.
- Nicht-Anrechnung nur dann zulässig, wenn es wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen gibt. Über diese Frage entscheidet jede Hochschule selbst

Freie Wähler:

- Ja, sie ist unabdingbar.

Grüne:

- Die Bologna-Erklärung sieht die Anwendung des ECTS vor.

Linke:

- Studienleistungen deutscher Hochschulen sollen systematisch und ohne weitere Prüfung anerkannt werden.
- Dies könnten Kultusministerinnen und -minister in einem neuen Staatsvertrag regeln.
- Auf europäischer Ebene soll so eine Anerkennung ebenfalls angestrebt werden.

SPD:

- Ja.

Welche Strukturen müssen eingeführt und etabliert werden, um ein Teilzeitstudium in allen Studiengängen umzusetzen?CSU:

- mehr Flexibilität in der Studienstruktur durch regelmäßige Wiederholung von Lehrveranstaltungsangeboten, mehr Lehrveranstaltungen am Abend und am Wochenende
- ggf. weitere Änderungen in der Lehrverpflichtungsverordnung, im Nebentätigkeitsrecht und beim BAföG

FDP:

- Das Teilzeitstudium stellt inhaltlich ein Vollzeitstudium dar mit verlängerter Studiendauer und damit einer geringen Anzahl von Studien- bzw. Prüfungsleistungen pro Semester. Es ist eine Alternative für diejenigen, die neben dem Studium Betreuungsaufgaben wahrnehmen müssen oder einen

Teilzeitberuf ausüben.

- Alle Studiengänge auch in Teilzeit anzubieten, würde die Hochschulen organisatorisch überfordern, zumal der tatsächliche Bedarf dabei außer Acht gelassen wird.

Freie Wähler:

- Ausbau der Teilzeitstudiengänge soll gefördert werden
- Förderfähigkeit des Teilzeitstudiums gemäß BAföG muss gegeben sein
- Studierende sollen flexibel zwischen Teil- und Vollzeitstudium wechseln können, um das Studium ihrer jeweiligen Lebenssituation anpassen zu können

Grüne:

- Zur besseren Vereinbarkeit von Studium, Beruf und/oder Familie muss das Angebot an Teilzeitstudiengängen ausgebaut werden. Flexible Studienzeiten müssen möglich und förderungsfähig sein.

Linke:

- Ein Teilzeitstudium sollte in allen Fächern möglich sein.
- Hierfür müssen Studienordnungen weniger repressiv gestaltet werden, sodass Studierende bei zeitlicher Streckung ihres Studiums keine Maluspunkte oder die Exmatrikulation fürchten müssen
- Nur in wenigen Spezialfällen sind daher gesonderte Lehrveranstaltungen oder Prüfungsverfahren notwendig.

SPD:

- Studierbarkeit in Teilzeit sollte in allen Studiengängen möglich sein

Hochschulabschlüsse

Welchen Abschluss betrachten Sie als Regelabschluss? Bachelor oder Master?

CSU:

- Bachelor ist Regelabschluss, was Berufsqualifizierung betrifft; er ist auch ein erster akademischer Abschluss

FDP:

- Als erster berufsqualifizierender Abschluss ist der Bachelor der Regelabschluss.

Freie Wähler:

- Bachelor ist Regelabschluss
- Bachelor soll für die Mehrzahl der Studierenden in eine erste Berufsmündung führen
- Master als Regelabschluss würde Bachelor entwerten, was nicht das Ziel sein darf

Grüne:

- Der Master soll zum Regelabschluss werden.
- Der Bachelor bleibt dabei Bestandteil des Abschlusssystem und eröffnet verschiedene Wege: in einen weiterführenden Master im gleichen Fach, für Mobilität bezüglich eines möglichen Fachwechsels oder zur Qualifizierung für eine Tätigkeit in beruflicher Praxis.

SPD:

- Erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium sollte allgemeine „Master-Zugangsberechtigung“ sein
- Übergang zwischen beiden muss flexibilisiert werden
- Entscheidung, ob nach dem Bachelorstudium ein Masterstudium aufgenommen werden soll, muss in der Entscheidung des Einzelnen liegen
- Quotierung von Masterplätzen wird abgelehnt

Sollten alle studieninteressierten Bachelorabsolventinnen und -absolventen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben?

CSU:

- Nein, da es dem Prinzip des Bachelor als Regelabschluss widerspricht.
- Masterplätze müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

FDP:

- Nein. Ausschlaggebendes Kriterium für den Anspruch auf einen Masterplatz sollte unter Berücksichtigung des bestehenden Bedarfs die akademische Leistungsbefähigung sein.

Freie Wähler:

- Master setzt spezifische Eignung voraus
- Hochschulen sollten selbst Zugangsvoraussetzungen und Kapazitäten für einzelne Masterstudiengänge festsetzen können (Hochschulautonomie)
- Staat muss für ausreichend finanzielle Mittel zur Bereitstellung eines vielfältigen und adäquaten Masterstudiengangsangebots sorgen
- künstliche Verknappung der Masterstudienplätze wird abgelehnt

Grüne:

- Der Master soll zum Regelabschluss werden.

Linke:

- Alle, die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, haben ein grundsätzliches Recht auf einen Studienplatz. Dies muss auch umgesetzt werden und soll auch das Recht auf einen Masterstudienplatz beinhalten.
- Angebot an Studienplätzen muss sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientieren.
- Zugangshürden, wie z.B. der N.C., sollen fallen.

SPD:

- Ja

Soll der Masterabschluss an einer Hochschule für angewandte Wissenschaft zur Aufnahme eines Promotionsstudiums an einer Universität berechtigen?CSU:

- Das Bayerische Hochschulgesetz sieht schon jetzt eine grundsätzliche Promotionsberechtigung für Masterabsolventinnen und -absolventen von Universitäten und gleichgestellten Hochschulen oder Fachhochschulen vor.

FDP:

- Bayerisches Hochschulgesetz sieht kooperative Promotion zwischen Universitäten und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften vor
- Universitäten, denen das Promotionsrecht obliegt, sind verpflichtet, die kooperative Promotion und damit die Mitwirkung eines Professors bzw. einer Professorin einer Hochschule für angewandte Wissenschaften, in ihren Promotionsverfahren zu regeln.

Freie Wähler:

- prinzipiell ja
- an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften müssen in einem Masterstudiengang die hierfür notwendigen wissenschaftlichen Methoden vermittelt werden

Grüne:

- Ja

Linke:

- Durchlässigkeit zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen soll erhöht werden.
- Recht auf Zugang zur Promotion für Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften muss nicht nur formalrechtlich, sondern auch faktisch umgesetzt werden. Den Universitäten müssen hierzu

finanzielle Anreize geschaffen werden.

In welchen Formen (Individual, Graduiertenschulen, ...) und Einrichtungen (Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, ...) soll promoviert werden können?

CSU:

- Konsequenz aus Erfahrungen mit Plagiatsfällen ist Ausbau der Promotionsstudiengänge
- Universitäten sollen exklusives Promotionsrecht behalten, aber Ausbau kooperativer Promotionsmodelle wird befürwortet
- Promotion als eigenständige wissenschaftliche Arbeit soll auch in Zukunft auf verschiedenem Weg möglich sein

FDP:

- möglichst hohe Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Promotionsformen
- die mit der Promotion verbundenen persönlichen und wissenschaftlichen Ziele sollten individuell bestimmt werden können

Freie Wähler:

- Promotionsformen sollen möglichst vielfältig sein
- bei jeder Promotionsform muss durch qualitativ hochwertige Betreuung die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit sichergestellt werden

Grüne:

- Promotionen sollen an allen staatlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen abgelegt werden können.

Linke:

- Bei der Promotion wird eine Vielfalt angestrebt, die den wissenschaftlichen, aber auch den individuellen Perspektiven der Promovierenden entspricht.
- Promotion ist erste Phase wissenschaftlicher Tätigkeit, weshalb von einer Stelle als Regelverhältnis ausgegangen wird.

- Das Verfassen einer Dissertation soll als Teil der regelmäßigen Arbeitszeit gesehen werden.
- Graduiertenschulen können gute Betreuung bieten, die aber auch von einzelnen Lehrstühlen geleistet werden kann.
- Verbindlichkeit, die in einer Promotionsvereinbarung niedergelegt wird, ist wichtig
- Transparenz im Zugangsverfahren zur Promotion soll erhöht werden
- Fachhochschulen sollen recht zur Promotion bekommen, wenn sie ihre Eignung in einem transparenten Verfahren unter Beweis gestellt haben; erster Schritt ist verstärkte Kooperation mit Universitäten

SPD:

- an allen oben genannten Einrichtungen sollte promoviert werden können

Wie schätzen Sie die Gleichwertigkeit aller Lehramtsstudiengänge ein?

CSU:

- Erfolg des bayerischen Bildungssystems hängt auch an differenzierter Ausbildung beim Lehramt
- Unterrichtszeit und Besoldung richten sich aufgrund von gewachsenen Strukturen nach der Schulart und der fachwissenschaftlichen Anforderungen, die das jeweilige Lehramt stellt.
- Leistungsanreiz für Lehrkräfte bei Beförderung durch Vergabe nach Leistungsprinzip

FDP:

- an der Differenzierung der Lehramtsstudiengänge soll festgehalten werden

Freie Wähler:

- Lehramtsstudiengänge sind gleichwertig, aber nicht gleichartig
- schulartspezifische Lehramtsstudiengänge müssen auf unterschiedliche Bedürfnisse der Schülerinnen und Schülern zugeschnitten sein
- spezifisches Niveau der Lehrerinnen und Lehrer muss im Sinne der

Gleichwertigkeit bei allen Schulformen gleich sein

Grüne:

- Derzeit ist keine Gleichwertigkeit der verschiedenen Lehrämter gegeben.

Linke:

- Gleichwertigkeit der Lehrämter in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern soll gegeben sein
- gleichwertige Ausbildung soll zu gleichwertiger Berufsperspektive führen
- Abkehr vom schulartenbezogenem Lehramtsstudium hin zu schulstufenbezogener Lehramtsausbildung

SPD:

- Bei der Lehrerinnen- und Lehrerbildung muss Gleichwertigkeit der Lehrämter auf Ebene der Master-Abschlüsse erreicht werden

Studierendenvertretung

Welche Aufgaben soll eine Studierendenvertretung wahrnehmen?

CSU:

- Die Aufgaben, die schon bisher im Bayerischen Hochschulgesetz verankert sind.

FDP:

- Die Aufgaben, die bisher schon im Bayerischen Hochschulgesetz verankert sind. Als zusätzliche Aufgabe wird die Förderung der politischen Bildung erwogen.
- Weitere Forderung: Mitwirkung an den Aufgaben der Hochschule (Forderung der Liberalen Hochschulgruppe)

Freie Wähler:

- Studierendenvertretung soll die Gesamtheit der Studierenden im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse vertreten
- zu den momentanen Aufgaben soll die Vertretung der hochschulpolitischen Belange der Studierenden ergänzt werden

Grüne:

- Studierende sollen in Qualitätsentwicklung und Evaluation von Lehrveranstaltungen und Studiengängen miteinbezogen sein
- Studierende sollen bei der Konzeption von Lehre und Studium beteiligt sein, sowie an der kontinuierlichen Weiterentwicklung von Studiengängen

Linke:

- Studierendenschaften sollten zusätzlich ein allgemeinpolitisches Mandat haben
- Studierende sind aktive Mitglieder der Hochschule und keine Kunden und müssen entsprechend mitwirken können

SPD:

- Studierendenschaften sollten zusätzlich politisches Mandat haben

Sollen Studierende die Möglichkeit haben, sich eine eigene Satzung zur

Selbstorganisation zu geben?

CSU:

- Nein

FDP:

- Nein

Freie Wähler:

- Ja

Grüne:

- Ja

Linke:

- Ja

SPD:

- Ja

Soll eine Studierendenvertretung als juristische Person die Möglichkeit haben, Verträge abschließen zu können?

CSU:

- Nein

FDP:

- Nein

Freie Wähler:

- Ja

Grüne:

- Ja

Linke:

- Ja

SPD:

- Ja

Soll eine Studierendenvertretung die Möglichkeit haben, Beiträge von den Studierenden zu erheben?

CSU:

- Nein.
- Legitimität eines AStA der bei den Hochschulwahlen mit niedriger Wahlbeteiligung hervorgeht, aber gleichzeitig sechsstellige Einnahmen verwaltet, wird als problematisch gesehen.
- Umgang mit Beiträgen wird durch hohe personelle Fluktuation in der Studierendenvertretung erschwert.
- Keine Mehreinnahmen nötig, um breiteres Angebot z.B. an Beratung zu haben, da dieses schon von anderen Gruppen/ Institutionen gestellt wird.

FDP:

- Nein

Freie Wähler:

- Ja, da die Studierendenvertretung zur Erfüllung ihrer Aufgaben eigene Mittel braucht
- Rechenschaftsbericht muss transparent sein
- sorgfältiger Umgang mit Geldern muss gegeben sein

Grüne:

- Ja

Linke:

- Ja

SPD:

- Ja

Soll eine Verfasste Studierendenschaft anerkannt und wieder in das Bayerische Hochschulgesetz aufgenommen werden? Wie soll gegebenenfalls die Mitgliedschaft geregelt sein?

CSU:

- Nein.

FDP:

- Nein, insbesondere die Zwangsmitgliedschaft wird abgelehnt

Freie Wähler:

- Ja
- Es soll keine Zwangsmitgliedschaft geben, sondern ein flexibles Opt-Out/Opt-In-Modell, dass Studierenden Aus- und Eintritt zu jedem Semester ermöglicht

Grüne:

- Ja; es soll dabei eine Pflichtmitgliedschaft für alle immatrikulierten Studierenden geben

Linke:

- Ja; es soll dabei eine Pflichtmitgliedschaft für alle immatrikulierten Studierenden geben

SPD:

- Ja; es soll dabei eine Pflichtmitgliedschaft für alle immatrikulierten Studierenden geben
- Organisationsfragen können nur im gemeinsamen Dialog mit den Studierenden entwickelt werden

Wie sehen Sie die zukünftige Rolle der Landes-ASten-Konferenz und sollte sie gesetzlich verankert werden?

CSU:

- Landes-ASten-Konferenz bleibt wichtiger Ansprechpartner
- Bedarf einer gesetzlichen Regelung wird nicht gesehen

FDP:

- Beratende Funktion der Landes-ASten-Konferenz als freiwilliger Zusammenschluss der Studierendenvertretungen wird begrüßt.
- Gesetzliche Verankerung und Legitimation wird aus Gründen der Hochschulautonomie abgelehnt.

Freie Wähler:

- Landes-ASten-Konferenz wird als legitime Interessenvertretung der Studierenden gegenüber der bayerischen Politik anerkannt
- eine gesetzliche Verankerung ist nicht zwingend notwendig, aber durchaus vorstellbar

Grüne:

- Bei Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft muss die Landes-ASten-Konferenz mit einbezogen werden, um eine sinnvolle Neuregelung der Mitwirkungsrechte zu erarbeiten

Linke:

- Landes-ASTen-Konferenz kann gesetzlich als Interessenvertretung der Studierenden eines Bundeslandes verankert werden.

SPD:

- Ja, da sie die Belange der Studierendenschaften auf Landesebene vertritt.

Hochschulfinanzierung

Sehen Sie es als Aufgabe des Staates an, den Finanzbedarf des Bildungssystems, beginnend mit der Kinderbetreuung, komplett zu decken?

CSU:

- Schul- und Hochschulsystem sind Kernaufgabe des Staates und liegen in der Kompetenz der Länder

FDP:

- Der Staat sollte insbesondere in frühkindliche Bildung investieren, da diese Investitionen den größte Wirkung haben.
- Ziel ist die vollständige Beitragsfreiheit für den vorschulischen Bereich.

Freie Wähler:

- Ja, es ist Aufgabe des Staates den gesamten Bildungsweg von der Kinderkrippe bis zum Abschluss einer Erstausbildung (ggf. inklusive Masterstudium und Promotion) kostenfrei zu gestalten

Grüne:

- es soll eine bessere Bildungsfinanzierung geben
- Ziel ist ein leistungsfähigeres Bildungssystem

Linke:

- Uneingeschränkt ja

SPD:

- Jedes Kind sollte unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu kindgerechter Bildung, auch schon vor der Schule kommen, weshalb angestrebt wird, dass Bildung in Kindertagesstätten und die Schulbildung gänzlich gebührenfrei ist

Wie viel Prozent des bayerischen Landeshaushaltes sollen in die Hochschulfinanzierung gehen?

CSU:

- Grundsätzlich ist es richtig, wenn die Mittel im Hochschulhaushalt im Verhältnis zum gesamten Staatshaushalt steigen; es soll aber keine Nettoneuverschuldung geben

FDP:

- Auskömmliche Finanzierung der Hochschulen ist Kernanliegen
- In den Wissenschaftsstandort Bayern soll massiv investiert werden (entsprechend der jeweiligen Haushaltslage)

Freie Wähler:

- der momentane Anteil von ein Drittel des Staatshaushaltes für Bildung soll weiter gesteigert werden
- Ausbau der Hochschulen soll dynamisch erfolgen

Grüne:

- Länder sollen bei Forschungsfinanzierung entlastet werden durch neuen Finanzierungsschlüssel bei der Leibnitz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft

Linke:

- Insgesamt sollen in Deutschland 7 % des BIP für Bildung und 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden
- Anhebung der finanziellen Ausstattung auf kurzfristig 3 Mrd. Euro ist geplant

SPD:

- Eine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt ergibt keinen Sinn.

Wie viel Prozent der gesamten Hochschulfinanzierung sollen als Grundfinanzierung und wie viel als Projektmittel bereitgestellt werden (getrennt nach Forschung und Lehre)?

CSU:

- Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind das Wichtigste bei der Hochschulfinanzierung
- Es soll langfristige Finanzierungszusagen geben (im Sinne des Innovationsbündnis Hochschule, das den Hochschulen zusagt, dass die staatliche Finanzierung bis 2018 nicht unter das Niveau von 2013 fällt (in absoluten Zahlen))

FDP:

- Es sollte keine statische Verteilung erfolgen.

Freie Wähler:

- Finanzierung durch Projektmittel nimmt an Bedeutung zu, darf aber nicht Grundfinanzierung, die den Großteil der Finanzierung ausmachen soll, in Frage stellen

Grüne:

- unnötiger Wettbewerbsdruck zwischen den Hochschulen ist zu vermeiden

Linke:

- Landeszuschüsse sollten in Grundfinanzierung gesteckt werden
- sinnvoll können finanzielle Anreize z.B. im Bereich Gleichstellung von Frauen sein (was kein Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist, sondern ein Steuerungsinstrument des Staates)

SPD:

- Eine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt ergibt keinen Sinn.

Benennen Sie die Bereiche, in denen Ihrer Meinung nach ein Wettbewerb um die Verteilung der öffentlichen Mittel für Hochschulen sinnvoll ist.

CSU:

- Exzellenzinitiative hat für gesamte Universitätslandschaft wichtige Impulse gesetzt; es muss aber auch in Breite investiert werden

FDP:

- Hochschulfinanzierungssystem sollte auf Studierende ausgerichtet sein und damit die notwendigen Standards im Bereich der Lehre absichern, leistungs- und wettbewerbliche Elemente voranstellen sowie das gesamte Bundesgebiet einschließen
- Anlegung eines durch die Länder finanzierten Hochschulfonds, aus welchem sich die Hochschulen nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ unmittelbar finanzieren können
- Bund könnte dabei Finanzierung der sog. Bildungsausländerinnen und -ausländer übernehmen
- durch Zielvereinbarungen (auf Landesebene) mit den einzelnen Hochschulen können individuelle und quantifizierbare Ziele mit den Hochschulen festgelegt werden. Bei Erreichung der Ziele erhält die Hochschule zusätzliche Mittel
- Mögliche Ziele sind:
 - - Verstärkte Einwerbung von Drittmitteln
 - - Maßnahmen zur Profilschärfung
 - - Maßnahmen zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen/ der Wirtschaft/...
- Hochschulübergreifende Zielsetzungen sind von allen Hochschulen zu erfüllen. Aus Gründen der Qualitätssicherung verbietet sich ein Wettbewerb zwischen den Hochschulen um die dafür vorgesehenen öffentlichen Mittel.

Freie Wähler:

- Wettbewerbselemente beleben Bayerische Hochschullandschaft und können dazu beitragen Innovationen und Qualität der einzelnen Hochschulen zu stärken
- Leistungsfähigkeit der Hochschulen kann vor allem im Bereich

Forschungsförderung durch gewissen Wettbewerb forciert werden

Linke:

- Wettbewerb unter den Hochschulen sollte es um bessere Erkenntnisse in der Forschung und um eine hohe Qualität von Studiengängen geben und nicht um Finanzen
- Unterfinanzierung der Hochschulen muss beendet werden, da bei zunehmendem Wettbewerb um Finanzmittel die Freiheit von Forschung und Lehre in Gefahr ist.
- Es müssen andere Leistungskriterien als Quantität der Publikationen oder Hochschulrankings gefunden werden,

SPD:

- Nach vielen Jahren der wettbewerblichen Spitzenförderung weniger Hochschulen muss es jetzt darum gehen, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen insgesamt zu verbessern – in Forschung und Lehre.

In welcher Form soll sich der Bund an der Finanzierung der Hochschulen beteiligen?

CSU:

- Über Lockerung des Kooperationsverbotes im Hochschulbereich soll es nicht zu einem weiteren Länderfinanzausgleich kommen.

FDP:

- Durch Änderung des Artikel 91b soll der Bund in Zukunft an den Hochschulen nicht nur „Vorhaben“, sondern auch „Einrichtungen“ finanzieren können.

Freie Wähler:

- Aufhebung des Kooperationsverbots auch im Hochschulbereich

Grüne:

- Kooperationsverbot sollte im Bildungsbereich aufgehoben werden

- Um die Zukunftsfelder Bildung und Wissenschaft zu stärken und um Chancengleichheit zu ermöglichen braucht es einen kooperativen Bildungsföderalismus
- als Sofort-Maßnahme soll der Hochschulpakt aufgestockt werden (angemessen wären 10.100 € pro Studienanfängerin/ Studienanfänger)

Linke:

- Bund muss finanzielle Voraussetzungen für gleichwertige Studienbedingungen in allen Bundesländern sicherzustellen
- Bund sollte sich dauerhaft an Finanzierung von Studienplätzen beteiligen

SPD:

- Themen gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören in Verantwortungsbereich des Bundes.
- Hochschulpakt soll ausgebaut werden

Wie stehen Sie zur Beteiligung der Wirtschaft an den Hochschulen im Allgemeinen?

CSU:

- Grundprinzip von Freiheit für Forschung und Lehre sowie des Humboldtschen Bildungsideal sind allgemeingültig. Es darf daher nicht zur Abhängigkeit von der Wirtschaft oder Beeinflussung der Forschung/ Lehre durch die Wirtschaft kommen.
- Beteiligung der Wirtschaft fördert aber regionale Entwicklung.
- Kooperationen wichtig für die Behebung des Fachkräftemangels.
- Stiftungsprofessuren sind gute Beispiele für Zusammenarbeit.

FDP:

- solange kein Einfluss auf Forschung und Lehre genommen wird, ist der Einsatz von Drittmitteln uneingeschränkt zu begrüßen
- besondere Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen im Bereich von „Hochschule-Dual“ und den Hochschulen für

Angewandte Wissenschaften wird betont

- intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gewährleistet zügige Umsetzung von Forschungsergebnissen in hochwertige Produkte und Dienstleistungen

Freie Wähler:

- Hochschulpolitik darf nicht allein wirtschafts- und strukturpolitischen Zielsetzungen unterliegen
- Engagement der Wirtschaft an den Hochschulen ist wegen des Wissenstransfers begrüßenswert, solange die Freiheit von Forschung und Lehre nicht begrenzt wird

Grüne:

- Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft ist sehr wichtig
- Hochschulen sind aber nicht ausgelagerte Forschungsbetriebe der Wirtschaft
- Vorhaben an der Hochschule, die zu nah an der Wirtschaft sind, sollen gestrichen und von der Wirtschaft selbst aufgehoben werden
- Um den Hochschulen die Selbstständigkeit zu ermöglichen, bedarf es einer soliden, verlässlichen und den Aufgaben angepassten Finanzierung der Hochschulen

Linke:

- Lehre und Wissenschaft müssen unabhängig von Partikularinteressen sein
- existentielle Abhängigkeit von Drittmitteln muss daher entfallen
- Es muss mehr Transparenz bei Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft geben.

SPD:

- Kooperationen zwischen Hochschulen und der Wirtschaft bringen Gefahr mit sich, dass Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet wird, beispielsweise bei Berufungen oder Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen
- öffentliche Kontrolle muss in diesem Bereich immer gewährleistet sein

Auf welchen Mindestzeitraum werden die Kompensation der wegfallenden Studiengebühren festgeschrieben und sollen diese dauerhaft aus dem allgemeinen Staatshaushalt aufgebracht werden?

CSU:

- Durch Festschreibung der Kompensationssumme von jährlich 189 Mio. Euro ab 2014 im Bayerischen Hochschulgesetz ist dauerhafte Kompensation auch über das Haushaltsjahr 2013/ 2014 gesichert

FDP:

- im Bildungsfinanzierungsgesetz ist Kompensation geregelt
- künftige Entwicklung der Studierendenzahlen soll bei künftigen Haushaltsentscheidungen berücksichtigt werden

Freie Wähler:

- Kompensation muss dauerhaft und dynamisch aus dem allgemeinen Staatshaushalt erfolgen

Grüne:

- langfristige und nachhaltige Finanzierung

SPD:

- Die Kompensation soll dauerhaft erfolgen.

Studienfinanzierung und Soziales

Wie viel staatliche Mittel pro Studentin bzw. Student halten Sie für angemessen (ggf. differenziert nach Fächergruppen und Hochschulen)?

CSU:

- Mittel werden kontinuierlich erhöht; im Jahr 2002 lagen sie noch bei 16.290 € pro Student/ Studentin, im Jahr 2010 bei 18.250 €

FDP:

- Mittel können nie genug sein
- staatliche Mittel müssen Kostensteigerungen (dauerhaft) ausgleichen

Freie Wähler:

- staatliche Mittel pro Studentin bzw. Student, unabhängig von Fach und Hochschulrat, sollen ebenso wie Anteil der Hochschulfinanzierung am Gesamthaushalt steigen
- Es wird großen Wert darauf gelegt, dass auch Forschung und Lehre im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften angemessen finanziert wird.

Grüne:

- Es wird vom Wert ausgegangen, den die Hochschulrektorenkonferenz berechnet hat. Dieser liegt bei 7300 € pro Jahr.

Linke:

- Zur qualitativen Verbesserung sollten die Mittel pro Studienplatz von derzeit 6500 € auf mindestens 8640 € steigen.

SPD:

- Zahlen werden bei Regierungsverantwortung nachgereicht.

Welche Arten von Studienbeiträgen und -gebühren (insbesondere Erststudium, Zweitstudium, Langzeit, nachgelagert, berufsbegleitend, speziell für Studierende aus nicht EU-Staaten) befürworten Sie bzw. lehnen Sie ab ?

CSU:

- Studienbeiträge für ein Erststudium werden in allen Formen abgelehnt
- Studiengebühren für berufsbegleitende Bachelorstudiengänge (Regelsatz 2000 € pro Semester) werden befürwortet, da die Hochschulen hier einen besonderen Aufwand haben
- Zweit- und Langzeitstudiengebühren müssen ergebnisoffen geprüft werden.

FDP:

- Frage der sozialen Gerechtigkeit, Studierende im Rahmen ihre Erststudiums an den Studienkosten zu beteiligen
- Rückzahlungsbedingungen für Studienbeitragsdarlehen müssen sozialverträglich gestaltet sein (Rückzahlung erst nach Studium und ab Mindesteinkommen)
- Für berufsbegleitendes Studium oder Zweitstudium sollen Gebühren erhoben werden, die nicht kostendeckend sind, aber deutlich höher als die Studienbeiträge für das Erststudium

Freie Wähler:

- Studienbeiträge für ein Erststudium werden konsequent abgelehnt
- Beiträge für Langzeit- und Zweitstudium werden nicht ausdrücklich abgelehnt, bei Erhebung muss soziale Komponente berücksichtigt werden
- Hochschulen sollen für berufsbegleitende Studiengänge Gebühren verlangen können
- Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten sind ebenfalls denkbar

Grüne:

- Die Erstausbildung sollte kostenfrei sein.

Linke:

- Jegliche Art von Studienbeiträgen und Gebühren wird abgelehnt.

SPD:

- Der erste abgeschlossene Studiengang Bachelor und Master muss beitragsfrei für alle Studierenden sein.

Wie soll innerhalb der Hochschule über die Verwendung der Gelder entschieden werden?CSU:

- paritätische Beteiligung der Studierenden ist wichtig, da sie am besten wissen, wo das Geld gebraucht wird

FDP:

- Über die Verwendung von für die Verbesserung der Studienbedingungen zweckgebundener Studienbeiträge müssen die Studierenden paritätisch mitentscheiden können

Freie Wähler:

- paritätische Mitbestimmung der Studierenden bei Verwendung der Studienzuschüsse wird ausdrücklich befürwortet
- bei der Entscheidung über die Verwendung der anderen staatlichen Gelder wird kein Handlungsbedarf gesehen

Grüne:

- Finanzmanagement der Hochschulen soll sich weiter entwickeln hin zu einer stärkeren Nachhaltigkeitsorientierung.
- Zunächst wird eine Bestandsaufnahme der derzeit an den Hochschulen angewandten Steuerungssysteme.

Linke:

- Durch Einführung der Viertelparität können alle Gruppen an der Hochschule gleichberechtigt über die Gelder entscheiden.

SPD:

- Durch Einführung der Viertelparität können alle Gruppen an der Hochschule gleichberechtigt über die Gelder entscheiden.

Nennen Sie, was Sie beim BAföG konkret ändern wollen.CSU:

- Um die Förderungslücken der gestuften Studienstruktur zu schließen, soll das förderungsrechtlich maßgebliche Ausbildungsende neu bestimmt werden, die Förderungshöchstdauer (außer Master) um ein „Karenzsemester“ erhöht werden.
- Einführung einer Teilzeitausbildungsförderung für bis zu maximal 6 Jahre für Auszubildende mit Kindern unter 6 Jahren.
- Um lebensbegleitendes Lernen noch stärker zu fördern, sollte die (allgemeine) Altersgrenze von bislang 30 Jahren angehoben werden.
- Weitere Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs auf Basis der vom Hochschulausschuss der KMK erarbeiteten Vorschläge.

FDP:

- elternunabhängig
- sozial abgefederte vollständige Rückzahlung
- durch die beiden ersten Punkte Abbau der Bürokratie
- Finanzierung soll alleine über den Bund laufen

Freie Wähler:

- gesetzliche Verankerung einer regelmäßigen und Zeitnahen Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge
- Zahl der Förderberechtigten muss erweitert werden, um der zunehmend heterogenen Studierendenschaft gerecht werden zu können:
 - Strukturreform der Förderung

- Ermöglichung einer Teilzeitausbildungsförderung
- Anhebung der (allgemeinen) Altersgrenze
- Weiterbildungs-BAföG
- Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs

Grüne:

- Erhöhung des BAföG
- Strukturreform des BAföG
- Weiterbildungs-BAföG für lebenslanges Lernen

Linke:

- Abschaffung der Altersgrenzen
- sofortige Erhöhung um 10 %
- schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss
- Förderhöchstdauer darf sich nicht nach formaler Regelstudienzeit richten, sondern nach tatsächlicher Studiendauer
- BAföG sollte elternunabhängig und bedarfsdeckend sein

SPD:

- Das BAföG soll ausgebaut werden
- bestehende Förderlücken sollen geschlossen werden
- Es soll zukünftig eine automatische Anpassung an die Lebenshaltungskosten erfolgen.

Wie stehen Sie zum Deutschlandstipendium und zu den Begabtenförderwerken?

CSU:

- Deutschlandstipendium ist wichtiger Teil der Stipendienkultur
- Förderquote soll erhöht werden

FDP:

- Deutschlandstipendium: ist Gewinn für die Hochschulen; es stärkt Vernetzung der Hochschule mit dem gesellschaftlichen Umfeld und ermöglicht Hochschulen leistungsstarke Studierende zu gewinnen; zeigt, dass Bildung nicht alleine staatliche Aufgabe ist
- angestrebter Ausbau der Leistungsstipendien im Rahmen der Begabtenwerke wird ganz ausdrücklich begrüßt

Freie Wähler:

- Begrüßung von Stipendien und Begabtenförderungswerke
- Mittelvergabe sollte nie alleine nach leistungsbezogenen Kriterien erfolgen, sondern auch nach sozialen Aspekten
- Deutschlandstipendium verschärft Trend, dass Studierende von Geistes- und Sozialwissenschaften bei der Vergabe strukturell benachteiligt werden
- in strukturschwachen Regionen können kaum Deutschlandstipendien vergeben werden
- eine Neukonzeption der staatlichen Stipendien- und Förderprogramme ist aus oben genannten Gründen erforderlich
- es muss darüber nachgedacht werden, Stipendien generell von politischen Stiftungen zu entkoppeln

Grüne:

- staatliche Mittel für das Deutschlandstipendium wären besser in eine BAföG-Reform investiert
- Die etablierten Begabtenförderungswerke sind sinnvoll.

Linke:

- staatliche Mittel für das Deutschlandstipendium wären besser in eine BAföG-Reform investiert
- Begabtenförderungswerke sollten stärker zur Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber gezwungen werden.

SPD:

- staatliche Mittel für das Deutschlandstipendium wären besser in eine BAföG-Reform investiert
- Etablierten Begabtenförderungswerke sorgen für ein einheitliches, flächendeckendes Stipendienangebot.

Für welche Aufgaben und in welchem Umfang benötigen die Studentenwerke zusätzliche Mittel vom Freistaat?

CSU:

- Es werden zusätzliche Mittel für Ausbau der Wohnheimplätze benötigt und für Ausbau der Kinderbetreuung an den Hochschulen.

FDP:

- Hauptaufgabe der Studentenwerke liegt bei der sozialen Versorgung der Studierenden (Wohnraumschaffung, Mensen und Beratung)

•

Freie Wähler:

- Erhöhung der Mittel für die Studentenwerke um mindestens 3.000.000 € pro Haushaltsjahr wird gefordert, um die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen
- und kulturellen Belange der bayerischen Studierenden auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten

Grüne:

- soziale Flankierung, z.B. in Form von ausreichend bezahlbarem Wohnraum, des Hochschulausbaus darf nicht vernachlässigt werden
- Studierendenwerke sind bislang nicht auf steigende Studierendenzahlen

personell und finanziell vorbereitet

- für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden

Linke:

- Die Studentenwerke brauchen zusätzliche Mittel sowohl von den Ländern als auch vom Bund um den gestiegenen Bedarf an Mensen, Wohnheimen und weiteren Angeboten universitärer Infrastruktur gerecht zu werden.

SPD:

- Mittel müssen angehoben werden, um insbesondere bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können

Zielgruppengerechte Angebote

Durch welche Maßnahmen werden Sie die Vereinbarkeit von Familie und Studium bzw. Wissenschaft als Beruf verbessern?

CSU:

- flexible Arbeits- und Studienzeiten (Abbau der Präsenzpflcht)
- Es kann schon heute die Befristungsdauer laut Wissenschaftszeitvertragsgesetz verlängert werden aus familiären Gründen.
- Einrichtung von Kindertagesstätten, die allen Hochschulmitgliedern offen stehen.

FDP:

- letzte Novelle des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes ermöglicht es Eltern, Kinderbetreuungsplatz außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde in Anspruch zu nehmen
- Einrichtung von Betriebskindertageseinrichtungen ggf. auch in Form von Großtagespflegestellen, die wie jede andere Kinderbetreuungseinrichtung unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft staatlich gefördert werden

Freie Wähler:

- Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Familie ist insbesondere für (angehende) Akademikerinnen von Bedeutung
- wenn von Akademikerinnen gewünscht, sollten Teilzeitstudien- und Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten ausgebaut werden
- es soll eine generell familienfreundliche Hochschullandschaft geschaffen werden

Grüne:

- Das Teilzeitstudienangebot muss ausgebaut werden, bei angepasster Studienfinanzierung.

Linke:

- Vor allem bei der Studienfinanzierung muss die Situation verbessert werden. Das BAföG-berechtigt sollten deshalb auch Studierende in Teilzeit sein.

SPD:

- Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs muss sich verbessern
- Double Career Angebote
- Ausbau der Kinderbetreuung an der Hochschule

Wie soll ehrenamtliches Engagement (inner- und außeruniversitär) unter Studierenden unterstützt und gestärkt werden?CSU:

- Bei einer Volksentscheidung parallel zur Landtagswahl soll darüber abgestimmt werden, ob der Passus „Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl“ in die bayerische Verfassung aufgenommen werden soll
- Sollte das Ergebnis positiv sein werden folgende Fragen ergebnisoffen geprüft:
 - Soll die Regelstudienzeit bei bürgerschaftlichem Engagement verlängert werden können?
 - Sollen bei bürgerschaftlichem Engagement die Prüfungsfristen noch weiter verlängert werden können, als dies bisher schon der Fall ist?
 - Welche Anrechnungsmöglichkeiten sollen für ehrenamtliches Engagement neu geschaffen werden?
 - Sind entsprechende Regelungen beim Hochschulzugang bzw. der Hochschulzulassung rechtlich möglich und sachlich geboten?

FDP:

- Förderung von ehrenamtlichem außeruniversitärem Engagement ist explizit nicht Aufgabe der Hochschulen
- Engagement (inner- und außeruniversitär) sollte durch die Hochschulen durch Anerkennung gestärkt werden

Freie Wähler:

- mehr zeitlicher Gestaltungsspielraum für Studierende, um ehrenamtliches Engagement zu stärken
- Lehrmethode des „Service Learning“ soll umgesetzt werden (Verbindung wissenschaftlicher Inhalte eines Seminars mit ehrenamtlichem Engagement)
- ehrenamtliches Engagement sollte im Diploma Supplement gewürdigt werden

Grüne:

- Förderung und Honorierung des ehrenamtlichen Engagements ist unerlässlich, um gerade auch jungen Menschen den gesellschaftlichen Stellenwert und die Attraktivität des Ehrenamts zu vermitteln.

Linke:

- Die Studienordnungen sollten gelockert werden, um ehrenamtliches Engagement neben dem Studium zu ermöglichen.
- Gremienarbeit sollte insbesondere im Rahmen der Leistungsbewertung anerkannt werden.

SPD:

- Es wäre sinnvoll, dass ein Teil der jährlich benötigten ECTS Punkte auch durch freiwilliges Engagement jeglicher Form erbracht werden kann.

Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, die Diskrepanz zwischen Studentinnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen bei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und dem Lehrpersonal, insbesondere Professorinnen, zu verringern?

CSU:

- Förderprogramm im Doppelhaushalt 2013/2014
- Mentoring-Programme

FDP:

- staatlich vorgegebene, einheitliche Frauenquote in Wissenschaft und Forschung wird abgelehnt
- Hochschulen sollen sich fächerspezifisch eigene Ziele setzen
- Selbstverpflichtung sollte dabei darauf abzielen in jeder akademischen Hierarchieebene mindestens den Frauenanteil zu erreichen, der bereits auf der jeweils darunter gelegenen Ebene besteht

Freie Wähler:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen
- insbesondere bei den Professuren soll der Frauenanteil gesteigert werden, worauf schon in der Ausschreibung und im Auswahlprozess geachtet werden muss
- Ausbau bewährter Mentorinnen-Programme

Grüne:

- Ein Programm zur Förderung der Gender Studies in Forschung und Lehre soll gestartet werden, um die Geschlechterforschung ressortübergreifend an den bayerischen Hochschulen zu verankern.

Linke:

- Wissenschaftliche Strukturen sollen fit für Frauen gemacht werden und nicht umgekehrt; derzeitige Bedingungen im Wissenschaftsbetrieb (lange wissenschaftliche Abhängigkeit und berufliche Unsicherheit) schrecken vor allem Frauen ab.

- Bundesprogramm zur Schaffung von jährlich 10000 unbefristeten Stellen, die quotiert vergeben werden sollen.
- Unterstützung der Gleichstellungsthematik durch das Land Bayern in Form eines Landesförderprogramms
- Stärkung der Gendersensibilität in den Inhalten von Forschung und Lehre
- Einsetzen einer Quote, die sich an Ausgangsbedingungen orientiert (Kaskadenmodell).
- Quotierte Besetzung von wissenschaftlichen Entscheidungs- und Begutachtungsgremien

SPD:

- Es soll verbindliche Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zur Steigerung des Frauenanteils an den Hochschulen geben. Es soll entsprechende Zielquoten geben.
- Über entsprechende Kriterien bei der Programmfinanzierung sollen Anreize gesetzt werden.

Wie stehen Sie zum Ausbau englischsprachiger Studienangebote?

CSU:

- Ein deutlicher Ausbau englischsprachiger Studienangebote ist ein wichtiger Bestandteil des Internationalisierungskonzepts der Hochschulen und ist zu befürworten.

FDP:

- Studiengangsspezifische englischsprachige Studiengänge sind eine unabdingbare Voraussetzung für die systematische Anwerbung ausländischer Studierender
- ausländischen Studierenden sollte aber auch ausreichend Möglichkeit gegeben werden, deutsche Sprache zu erlernen während ihres Studiums
- Befürchtungen einer sprachlichen Entfernung von Wissenschaft und Gesellschaft durch rein englischsprachige Studiengänge wird ernst genommen

Freie Wähler:

- englischsprachiges Studienangebot muss im Zuge der Internationalisierung ausgebaut werden
- Englisch sollte Deutsch an der Hochschule jedoch nicht vollständig ersetzen

Grüne:

- englische und internationale Studienangebote werden als sinnvoll erachtet
- Internationalisierung der Hochschulen soll vorangetrieben werden und den bayerischen Hochschulraum für Studierende und Lehrende aus dem Ausland zu öffnen.

SPD:

- Ausbau englischsprachiger Angebote, aber auch der Angebote in anderen Sprachen soll forciert werden

Wie sieht Ihr Konzept für eine inklusive Hochschule aus?

CSU:

- Barrierefreiheit zunächst wichtigstes Ziel
- Ausbau der Studienberatung für behinderte Studierende und Unterstützung während des Studiums, z.B. durch Schulungen der Dozentinnen und Dozenten (barrierefreie Didaktik)

FDP:

- StMWFK hat in dieser Legislaturperiode Konzept zur inklusiven Hochschule vorgelegt
- Hochschulen sollen sich zu inklusiven Einrichtungen entwickeln
- vollständige Teilhabe behinderter Menschen am Studium muss gewährleistet werden
- Bund könnte sich bei baulicher inklusiver Grundsanierung und Herstellung vollständiger Barrierefreiheit finanziell engagieren

Freie Wähler:

- Es müssen finanzielle Mittel für den behinderten- und barrierefreien Aus- und Umbau der Hochschulen bereitgestellt werden.
- inklusive Kultur muss in Hochschulen Einzug erhalten
- über Engagement der Studierenden in Form von „Buddy-Programmen“ sollen Studierende mit Handicap voll in den Hochschulalltag integriert werden
- Lehrende mit Handicap dienen als Vorbilder für Studierende, sodass besonders bei den Professuren angestrebt werden soll, Menschen mit Behinderung dafür zu gewinnen

Grüne:

- Es sollen die Handlungsempfehlungen der Betroffenen sowie der Akteurinnen und Akteure, die im „Konzept der inklusiven Hochschule“ festgehalten und im Februar 2012 beschlossen wurden, umgesetzt werden.
- Hierfür müssen den Hochschulen Mittel bereitgestellt werden, zeitliche Vorgaben für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gemacht und bekannt gegeben werden.
- Um die erforderliche Bewusstseinsbildung und Informationsbedarfe an den Hochschulen zu realisieren, ist eine Kommunikationsstrategie seitens des StMWFK erforderlich.

Linke:

- Ziel ist es, den Hochschulzugang für alle zu öffnen.
- Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht bei der Aufnahme eines Studiums benachteiligt werden durch formale und soziale Hürden. Dies betrifft das Recht, in Deutschland zu leben, zu arbeiten und eine Ausbildungsförderung zu erhalten sowie ihre schulischen und akademischen Leistungen anerkannt zu bekommen.
- Barrierefreie Hochschulen
- Menschen mit Behinderung oder chronischen Krankheiten muss an den Hochschulen aktiv entgegengearbeitet werden

SPD:

- die Schaffung bauliche Voraussetzungen für Barrierefreiheit an allen Hochschulen,
- mehr Kompetenzen für Behindertenbeauftragte mit einer Stimme im

Hochschulrat

- Unterstützung aus einer Hand: Ansprüche und Unterstützungsangebote für Studierende mit Behinderungen müssen zentral organisiert werden
- mehr Wohnheimplätze für Studierende mit Behinderungen, die dem Bedarf der Betroffenen entsprechen.

Wie kann das Thema „Inklusion“ auch in der Lehramtsbildung verankert werden und welchen Umfang soll dieses Thema dabei einnehmen?

CSU:

- Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen.
- Inklusion wird zum Gegenstand der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung bzw.-fortbildung gemacht.

FDP:

- Die FDP-Fraktion schlägt vor, Studieninhalte, die sich mit dem Thema der Inklusion inhaltlich/ methodisch beschäftigen, noch stärker in das erziehungswissenschaftliche Studium aller Lehrämter aufzunehmen
- Damit das erziehungswissenschaftliche Studium nicht überladen wird, müssen Inhalte festgelegt werden, die stattdessen gekürzt werden
-

Freie Wähler:

- Thema muss zwingend in der Lehramtsausbildung verankert werden
- ausgereiftes Konzept ist hierfür notwendig sowie die allgemeine Stärkung des erziehungswissenschaftlichen Bereichs
- Einführung eines eigenständigen Studiengangs für Inklusionspädagogik für alle Schularten

Grüne:

- Sonderpädagogische Ausbildungsinhalte müssen in allen Lehramtsstudiengängen und in der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung verankert werden.
- Das derzeitige Schulsystem widerspricht dem Gedanken der Inklusion.

Linke:

- Qualitätsoffensive zur inklusiven Bildung (Kompetenzen zur Gestaltung inklusiver Lernprozesse in heterogenen Gruppen schaffen)
- Fokus soll auf Lehr- und Lernmethoden liegen, damit das individualisierte Lernen im Mittelpunkt steht und der Unterricht den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen gerecht wird; damit soll eine individuelle Förderung erreicht werden

SPD:

- In der gesamten Lehrerbildung müssen sonderpädagogische Inhalte vermittelt werden.
- Bisher getrennte Ausbildungszweige für Regel- und Förderschullehrkräfte müssen zusammengelegt werden.
- Wir brauchen bedarfsgerechte Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf in ihren Klassen aufnehmen. Inhalte dieser Maßnahme sollten die rechtlichen Aspekte, Grundlagen der Zusammenarbeit, das Rollenverständnis der unterschiedlichen Lehrkräfte und die Grundlagen der allgemeinen Heil- und Sonderpädagogik sein.

Sonstiges:

Sind Sie für die Einführung eines studentischen Zusatztarifvertrages/eines bayernweit einheitlichen Tarifvertrages für studentische Hilfskräfte?

CSU:

- kein Handlungsbedarf
- Hochschulen sollen flexibel agieren können

FDP:

- Nein, Hochschulen sollen Vereinbarungen in eigener Verantwortung ausgestalten.

Freie Wähler:

- Es sollte eine ein Mindestsatz für studentische Hilfskräfte eingeführt werden.

Grüne:

- Ja

Linke:

- Ja; Vorbild könnte Berlin sein, das tarifvertraglich einen Stundensatz von mind. 10,98 € vorsieht

SPD:

- Ja

Welches Konzept haben Sie zur ökologischen Umgestaltung der Hochschulen?

CSU:

- bei Neubauten und Sanierungen ist auf energiesparende Gebäude Wert zu legen

FDP:

- Die Bauverwaltung hält sich bei Neubauten im Hochschulbereich an die neuesten Energiestandards
- Die Hochschulen sind selber bemüht, energiesparende Maßnahmen sukzessive umzusetzen, um die Energiekosten niedrig zu halten.

Freie Wähler:

- energetische Gebäudesanierung muss vorangebracht werden
- gute Anbindung der Hochschule mit öffentlichen Verkehrsmitteln muss gegeben sein
- Standorte müssen attraktiv für Radfahrerinnen und Radfahrer umgestaltet werden
- Hochschulen sollten gezielt ökologische Zielsetzungen als Forschungsschwerpunkte aufnehmen

Grüne:

- Hochschulen müssen nachhaltig in allen Bereichen sein.
- Nachhaltige Hochschulen sind dadurch gekennzeichnet, dass der Bildung für nachhaltige Entwicklung und damit auch inter- und transdisziplinären Ansätzen im Studium ein großes Gewicht zukommt.
- An allen Hochschulen sollen Module zur Bildung für nachhaltige Entwicklung angeboten werden.
- Zusätzlich soll das Studienangebot zu Themen wie erneuerbare Energien, Klimaschutztechnologie und Ressourceneffizienz ausgebaut und langfristig gesichert werden.
- Projekte, die Forschung und Lehre zur nachhaltigen Entwicklung verknüpfen, wollen wir unterstützen.

Linke:

- Hochschulen als ökologische Modellstätten, in denen neue Konzepte für ökologisches und klimagerechtes Arbeiten ausprobiert werden
- Forschungsthemen sollen sich stärker am sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft orientieren

SPD:

- Konzepte müssen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen entwickelt werden.

Wie stehen Sie zu Zivilklauseln?

CSU:

- Erscheinen plausibel, sind aber mit der Freiheit von Forschung und Lehre nicht vereinbar.

FDP:

- Ablehnung, da sie einen Eingriff in die Freiheit der Forschung darstellen

Freie Wähler:

- landesweit verpflichtende Einführung ist verfassungsrechtlich bedenklich, da Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre damit gefährdet sein können
- es bestehen Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen ziviler und militärischer Forschung
- Hochschulen können Zivilklauseln im Rahmen ihres Selbstverständnisses in Satzungen aufnehmen

Grüne:

- Hochschulen werden aufgefordert, eine Zivilklausel, in der die Verpflichtung zur Forschung ausschließlich für zivile Zwecke festgehalten ist, in ihre Satzung aufzunehmen

Linke:

- Hochschulen müssen Humanität und Frieden verpflichtet sein
- Rüstungsforschung an den Hochschulen muss durch Zivilklausel im Bayrischen Hochschulgesetz bzw. den Hochschulsatzungen ausgeschlossen werden.

SPD:

- Zivilklauseln werden nicht befürwortet.

Wie stehen Sie zu einem bayernweiten Semesterticket?

CSU:

- zunächst Semesterticket Sache der kommunalen Verkehrsverbände; sollten diese ein finanzierbares Konzept ausgearbeitet haben, ist Einführung möglich, aber nicht wahrscheinlich auf Grund des schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnisses

FDP:

- Dafür, wenn auf freiwilliger Basis, durch Urabstimmungen unter den Studierenden an den abgestimmt

Freie Wähler:

- Einem bayernweiten Semesterticket wird prinzipiell offen gegenüber gestanden, allerdings werden große Umsetzungsschwierigkeiten gesehen.
- An jedem Hochschulstandort sollte allerdings die Möglichkeit bestehen, ein Semesterticket zu günstigen Konditionen nutzen zu können.

Grüne:

- Die Forderung nach einem bayernweiten Semesterticket wird unterstützt.

Linke:

- Studierende sollten darüber in Urabstimmungen entscheiden
- Preis sollte vom Land/ den Kommunen unter dem Kriterium der Gewinnneutralität bestimmt werden

SPD:

- Die Forderung nach einem bayernweiten Semesterticket wird unterstützt.

Abschlussfrage:

Welche drei der angesprochenen Punkte werden Sie im Fall einer Regierungsbeteiligung unter allen Umständen umsetzen?

CSU:

- Weitere Öffnung der Hochschulen für lebenslanges Lernen (Stichwort: Teilzeit- und berufsbegleitende Studiengänge) und Internationalisierung
- Planbare staatliche Finanzierung und Hochschulausbauprogramm
- Weitere Verbesserung der sozialen Flankierung des Hochschulausbaus (Konzept inklusive Hochschule, Ausbau der Studentenwohnheimplätze und Kinderbetreuungsplätze, Änderungen der Bundesausbildungsförderung im beschriebenen Sinn).

FDP:

- weitere Stärkung der Hochschulautonomie; Übertragung der Budgetverantwortung auf die Hochschulen
- stärkere Internationalisierung durch Ausbau der englischsprachigen Studiengänge und gezielte Werbung ausländischer Studierender
- Lockerung des Kooperationsverbotes, um bessere finanzielle Ausstattung der Hochschule durch den Bund zu erreichen

Freie Wähler:

- Wiedereinführung der Studienbeiträge und Kürzung der Kompensationsmittel wird nicht erfolgen
- Ausbau der Hochschulen
- angemessene Entlohnung der Lehrbeauftragten

Grüne:

- Verfasste Studierendenschaft
- vom Kooperationsverbot zum kooperativen Bildungsföderalismus
- Verbesserung der Hochschulfinanzierung

Linke:

- Einführung einer Verfassten Studierendenschaft
- Erhöhung der Ausgaben für die Hochschulen auf 3 Milliarden Euro
- Recht auf einen Studienplatz für alle Studienberechtigten- inklusive des Rechtes auf einen Masterplatz

SPD:

- Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft
- verbesserte Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Mittelbau an den Hochschulen
- Frauenförderung an den Hochschulen